

Geodateninfrastruktur – Bund und Länder auf Zusammenarbeit angewiesen

Interview mit Staatssekretärin Brigitte Zypries

Frau Zypries ist als Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern unter anderem zuständig für Grundsatzfragen der Innenpolitik, den öffentlichen Dienst, den Sport, die Verwaltungsorganisation, das Kommunalwesen, Statistik und Geodäsie. Sie ist Vorsitzende des Staatssekretärsausschusses zur Steuerung des Programms der Bundesregierung „Moderner Staat – moderne Verwaltung“ und Vorsitzende des Interministeriellen Ausschusses für Geoinformationswesen (IMAGI) des Bundes.

Heinrich Tilly, Schriftleiter, führte das Interview mit Frau Zypries

Frau Staatssekretärin, ich möchte unser Gespräch mit einem Phänomen beginnen, das nicht besonders große Aufmerksamkeit gefunden hat, das ich aber doch ganz interessant finde: Das Amt des Kulturstaatsministers ist seit längerer Zeit nicht mehr zwischen Opposition und Regierung umstritten. Wenn sich der Bund nun stärker in Kulturfragen artikuliert, sind für Sie ähnliche Überlegungen für den Bereich der Geoinformationspolitik denkbar? Haben Sie den Eindruck, dass durch die Vermessungshoheit der Länder die Interessen des Bundes und die Einheitlichkeit im Vermessungswesen nicht gewahrt sind? Gibt es Überlegungen, dass der Bund Gesetzgebungskompetenzen im Geoinformationswesen aus der Natur der Sache für sich ableitet?

Die Bundesregierung hat bereits in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der CDU/CSU vom September 2000 bekräftigt, dass das amtliche Vermessungswesen - wie auch die Bereitstellung eines Geobasisinformationssystems - grundsätzlich zu den Aufgaben der Länder gehört. Diese im Föderalismus begründete Zuständigkeits-

verteilung hat sich bewährt und die Länder werden ihrem gesetzlichen Auftrag gerecht. Das interessante, von Ihnen angeführte Beispiel der Kultur zeigt aber, dass die Dinge im Lauf der Zeit selten völlig statisch verharren. Man muss immer offen sein und bleiben für Entwicklungen. Im Bereich der Geoinformation liegt diese Entwicklung im technologischen Quantensprung, der sich vollzogen hat, in den enormen Marktchancen der Produkte und Dienstleistungen, und schließlich im scharfen Wind der internationalen Konkurrenz, in dem Deutschland sich mit seiner noch gegebenen Spitzenposition nachhaltig behaupten muss. Auf alles das muss man sich in geeigneter Weise einstellen. Was wir, Bund und Länder, keinesfalls dürfen, ist Entwicklungen zu verschlafen. Bund und Länder müssen darum kooperativ und – vor allem – sehr energisch zusammenwirken.

Die eigentlichen Intentionen des Bundes gehen aber, wie es auch in der Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 15. Februar 2001 zum Ausdruck kommt, über Ihre Fragestellung hinaus:

Zunächst einmal muss der Bund die in seinen Ressorts und Fachbehörden vorhandenen Geoinformationen ressourcenschonend koordinieren. Darüber hinaus sind Bund und Länder gemeinsam aufgerufen, jeweils Geobasisinformationen und Fachinformationen zusammenzuführen, um die Anwendungsmöglichkeiten der Geoinformation für Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft einfacher und transparenter zu gestalten. Diese schwierige gemeinsame Aufgabe geht – mit Verlaub gesagt – über das Arbeitsgebiet der Vermessungsverwaltungen der Länder doch deutlich hinaus. Ich freue mich daher, dass wir das Thema auf einer gemeinsamen Bund-Länder-Besprechung im ersten Halbjahr 2002 erörtern und vertiefen wollen.

Die Länder stellen in hohem Maße die geodätische Grundversorgung einschließlich der Geoinformation in der Bundesrepublik Deutschland sicher. Gesamtwirtschaftlich ist es überzeugend, diese Infrastruktur in allen Planungen des Bundes mit einzubeziehen. Sie werden sicherlich meine Auffassung teilen, dass der Bund nicht unbedingt das Rad neu erfinden muss, wenn es in den Ländern bereits läuft. Können die Länderleistungen noch rechtzeitig in Bundesplanungen eingebunden werden, um wirtschaftlich eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten?

Ich teile Ihre Auffassung, dass man das Rad nicht neu erfinden sollte. Der beste Beweis dafür ist das 1996 geschaffene Geodatenzentrum beim Bundesamt für Kartographie und Geodäsie in der Außenstelle Leipzig. Dort ermöglicht ein zentraler Vertriebs-Service und Informationsdienst den Zugang zu den amtlichen Geobasisdaten der Länder länderübergreifend. Darüber hinaus besteht nun schon im vierten Jahr die Bund-Länder-Vereinbarung über die kontinuier-

liche Abgabe geotopographischer Informationen der Landesvermessung zur Nutzung im Bundesbereich. Aus dieser Vereinbarung stellt der Bund den Ländern erhebliche Mittel zur Verfügung. Die Weiterführung dieser Vereinbarung über den ersten Geltungszeitraum hinaus ist ein wichtiges Anliegen.

Das in Ihrer Frage enthaltene Angebot möchte ich gern annehmen. Sehr hilfreich wäre es, wenn die AdV dieses Angebot der rechtzeitigen Einbindung von Länderleistungen in Planungen des Bundes näher konkretisieren könnte. In diesem Zusammenhang möchte ich an die Länder appellieren, auch ihrerseits um eine Optimierung und homogene Gestaltung ihres föderalen Angebots bemüht zu sein, damit der Bund nicht in die Lage kommt, seinerseits nachbessern zu müssen. Ganz besonders setze ich mich für eine bessere Verzahnung der Geobasisdaten und der Fachdaten ein, wie es der Bund jüngst in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Innenministerkonferenz erläutert hat. Schließlich gehört hierzu meine Anregung, auch auf Länderseite das Modell eines „IMAGI“ für jedes Bundesland zu erwägen.

Fünf Jahre IMAGI – eine Bilanz. Dieser Interministerielle Ausschuss für Geoinformationswesen, den Sie leiten, ist heute in der deutschen und europäischen Fachwelt in aller Munde. Seine Arbeit wird gleichermaßen mit Lob wie Kritik bedacht. Haben sich die in den Ausschuss gesetzten Erwartungen erfüllt?

Der Interministerielle Ausschuss für Geoinformationswesen (IMAGI) ist am 8. September 1998 zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten; bis jetzt haben sieben Sitzungen stattgefunden. Insgesamt ist der IMAGI eine ausgesprochene Erfolgsge-

schichte, auch wenn dieses oder jenes in der Zusammenarbeit verbesserungsfähig erscheint. Wir werden das noch weiter optimieren.

Durch seine Arbeitsgruppen und durch die Geschäfts- und Koordinierungsstelle des IMAGI beim BKG wurden bis heute die wesentlichen Aufträge aus dem Kabinettsbeschluss vom 17. Juni 1998 erledigt bzw. in Angriff genommen. Die Geodatenbestände und Metadaten-Informationssysteme in Bundeszuständigkeit wurden durch zwei Erhebungen bei mehr als 120 Einrichtungen in Bundeszuständigkeit (Bundesbehörden, Bundesforschungsinstitutionen etc.) ermittelt. Die Ergebnisse dieser Erhebungen wurden in der „Konzeption eines effizienten Geodatenmanagement des Bundes“ zusammengefasst. Ein wesentlicher Aktionspunkt dieser Konzeption ist der Aufbau eines Metadaten-Informationssystems für Geodaten des Bundes (GeoMIS.Bund). Die Arbeiten hierfür sind schon weit gediehen. Im Dezember 2001 wurde eine sogenannte Beta-Version des Systems vorgestellt.

In seiner Debatte über die Nutzung von Geoinformationen am 15. Februar 2001 hat der Deutsche Bundestag die Koordinierungsarbeit des IMAGI sehr positiv bewertet. Kernforderung an die Bundesregierung ist, digitale Geoinformationen in einer Informationsgesellschaft als öffentliche Infrastruktur bereitzustellen, um neue Märkte und Arbeitsplätze zu schaffen. Bund, Länder und private Initiative sind deshalb gefordert, eine nationale Geodateninfrastruktur auf- und auszubauen.

In seiner 7. Sitzung am 10. Oktober 2001 hat der IMAGI drei Beschlüsse gefasst, um den Auftrag des Deutschen Bundestages in eine Handlungsstrategie umzusetzen. Der erste Beschluss umfasst die Maßnahmen,

die für den zügigen Aufbau der Geodateninfrastruktur in Deutschland notwendig erscheinen:

1. Harmonisierung des Zugangs zu den Nachweisen (Meta-Informationssystemen) über Geodaten des Bundes durch das GeoMIS.Bund.
2. Harmonisierung der semantischen Regelwerke für die Modellierung der Realität aus unterschiedlichen fachlichen Sichten, Entwicklung von Verfahren zur Datenintegration sowie Validierung der Geodatenätze und des Geodatenbedarfs durch die Ressorts im Hinblick auf die Festlegung des Grunddatenbestands der Nationalen Geodatenbasis.
3. Schrittweise Implementierung der Nationalen Geodatenbasis.

Der zweite Beschluss bezieht sich auf die Einbeziehung der Länder beim Aufbau der Geodateninfrastruktur. Hierzu soll im Frühjahr 2002 eine Bund-Länder-Konferenz mit dem Thema „Gemeinsame Bund-Länder-Strategie für den Aufbau der GDI-DE“ stattfinden. Besondere Bedeutung wird dabei auch dem Beschluss der AdV/IMK zum Aufbau einer Geodateninfrastruktur in Deutschland zukommen.

Der dritte Beschluss befasst sich mit der Kooperation von öffentlicher Verwaltung mit Wirtschaft und Wissenschaft beim Aufbau der nationalen Geodateninfrastruktur.

Auf dem weltweiten Markt der Geoinformation kann es kein Zurück mehr geben. Im Gegenteil, die vorgeschlagene deutsche, die Länder einbeziehende Geodateninfrastruktur muss zusätzlich als Baustein für entsprechende EU-weite Überlegungen gelten. Der IMAGI jedenfalls hat die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt.

Die Kongresse „Moderner Staat“ und „Effizienter Staat“ könnten noch mehr ein Po-

dium zur Präsentation von Anwendungsgebieten für amtliche Geobasisdaten sein. Konnten diese Veranstaltungen auch für Marketingzwecke genutzt werden und in welcher Form fließen amtliche Geobasisdaten in das eGovernment-Projekt der Bundesregierung ein?

Die Bereitstellung von Geodaten ist eine wichtige Infrastrukturleistung des Staates, für die sich Marketing lohnt. Daher werden der Bund und seine

Fachbehörden auch in Zukunft immer wieder gerne bereit sein, das Thema Geodaten und damit verbundene Anwendungen bei den genannten und weiteren Fachkongressen aktiv darzustellen.

Das Geodatensystem selbst ist sogar ein Modellprojekt der Initiative „BundOnline 2005“. Damit ist es integraler Bestandteil der regelmäßigen Öffentlichkeitsarbeit dieser Initiative. Auf der Homepage der eGovernment-Initiative ist das Geodatenportal ausführlich als Modellprojekt dargestellt (<http://www.bundonline2005.de>).

Prof. Dietmar Grünreich, Präsident des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie (BKG), hat auf der Messe „Moderner Staat“ im November vorigen Jahres einen vielbeachteten Vortrag zum Thema „Geodaten für die Informationsgesellschaft“ gehalten. Solche Möglichkeiten werden wir auch in Zukunft nutzen. Das BKG gibt jetzt im Auftrag des IMAGI eine Broschüre mit dem Titel „Geoinformation und Moderner Staat“ heraus, in der das Wirtschaftsgut „Geoinformation“ öffentlichkeitswirksam gewürdigt wird. Hinweisen möchte ich auch auf den D-21-Kongress zur Geoinfor-

mationswirtschaft, der im Februar in Bonn stattfindet und die wirtschaftliche und politische Bedeutung von Geoinformationen diskutieren wird. Der Kongress wird maßgeblich durch das BMI gefördert.



Foto: BMI/Bernhard Grünewald

Da wir gerade beim Marketing sind, welche Richtung favorisieren Sie in der Preispolitik? Sollten die Vermessungsverwaltungen Geobasisdaten aus Ihrer Sicht zu Maximalpreisen mit einer höchstmöglichen Gegenfinanzierung aus

dem Einzelverkauf anstreben oder eine Niedrigpreispolitik mit dem Ziel der dauerhaften und breit gestreuten Kundengewinnung betreiben?

Mit der Preisgestaltung der öffentlichen Hand sprechen Sie einen Zielkonflikt an. Die mit öffentlichen Mitteln gewonnenen Geodaten stellen ein bedeutendes Wirtschaftsgut dar. Es liegt daher nahe, dieses Gut auch marktgerecht zu verwerten. Dies gilt natürlich um so mehr, als kaufmännisches Denken und Rechnen auch in der sogenannten Hoheitsverwaltung Platz greift und einen wesentlichen Beitrag zur Modernisierung der Verwaltung leistet. Der IMAGI verfolgt ebenfalls das Ziel, das Bewusstsein für die Bedeutung und das Potential von Geoinformation und auch die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Nutzung durch private Anbieter zu verbessern. Damit wird aber auch umschrieben, dass Geoinformationen eine dienende Funktion haben. Der Preis für derartige Leistungen der öffentlichen Hand darf keine „abschreckende“ Wirkung entfalten, mit anderen Worten: wir müssen einen mittleren Weg finden.

Zur Erschließung der Marktpotentiale sind innovative Geodatenanwendungen erforderlich. Es werden Success Stories und Best Practice-Beispiele benötigt, um den Markt anzuregen. Die Markteintrittsbarrieren sind aber insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen häufig zu hoch. Ist seitens des Bundes die Förderung von Gründungsinitiativen zur Entwicklung neuer Produkte durch Bereitstellung von Kapital geplant?

Die Bundesregierung fördert in vielfältiger Weise als Teil ihrer Wettbewerbspolitik den Markteintritt neuer Unternehmen gerade auf dem Sektor kleinerer und mittlerer Unternehmen. Über die Förderbanken Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Deutsche Ausgleichsbank (DtA) werden erhebliche Mittel für die Gründungsförderung bereitgestellt. Darüber hinaus wird Beratungshilfe geleistet. Auch im Landesbereich gibt es eine Fülle von Gründerinitiativen. Übersichten zu Fördermaßnahmen des Bundes sind bei den genannten Banken und im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erhältlich. Der Förderung innovativer, wachstumsstarker und meist technologie-orientierter Gründungen kommt dabei ganz besondere Bedeutung zu, auch wenn der prozentuale Anteil dieser Unternehmen an der Gesamtzahl aller Gründungen noch klein ist. Die Bundesregierung wird diesen Weg der konsequenten Förderung von Existenzgründungen und des Abbaus lähmender Investitionshindernisse unbeirrt fortsetzen.

Frau Zypries, ich möchte einen erfolgreichen Weg der Bund-Länder-Kooperation am Beispiel der Bundeswehr herausgreifen. In diesem Fall formuliert der Bund seinen Bedarf, die Länder richten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf ein

und die Bundeswehr unterstützt durch finanzielle Zuwendungen die Realisierung ihrer spezifischen Forderungen. Es besteht Einvernehmen, dass wir von dem fachspezifischen Einzelbedarf zu einer ganzheitlichen Betrachtung kommen müssen. Ist es denkbar, dass das BMI als Querschnittsressort durch eine Anschubfinanzierung die Länder bei dieser ganzheitlichen Bedarfsdeckung unterstützt?

Ich möchte gern daran erinnern, dass der Bund bereits heute den Ländern jährlich einen Betrag von 5,5 Mio. DM im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung von 1999 für den Bezug digitaler Geotopographischer Informationen der Landesvermessung zur Nutzung im Bundesbereich zur Verfügung stellt. Von erheblicher finanzieller Bedeutung sind auch die Leistungen, die das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie mit seinen über 250 Mitarbeitern selbst erbringt, zumal sich diese Leistungen keineswegs auf die Arbeiten des Geodatenzentrums in Leipzig beschränken. Eine noch weitergehende finanzielle Förderung der Vermessungsverwaltungen der Länder beurteile ich allerdings eher skeptisch.

Europa, insbesondere Mitteleuropa, ist geprägt von einer hohen Besiedlungsdichte, die naturgemäß Landnutzungskonflikte hervorruft. Geoinformationen sind die Basis für die Lösung daraus resultierender Probleme. Wo steht die Bundesrepublik mit den hier verfügbaren Geobasisinformationen im europäischen Vergleich?

Es wird in der Fachwelt allgemein anerkannt, dass die in Deutschland erzeugten Geobasisdaten eine internationale Spitzenstellung haben. Soweit es die geotopographischen Basisdaten betrifft, ist dies das

Ergebnis der nunmehr fünfjährigen Zusammenarbeit zwischen den Landesvermessungsämtern und dem Bundesamt für Kartographie und Geodäsie mit seinem Geodatenzentrum. Speziell für ausländische Nutzer des Geodatenzentrums sind englischsprachige Oberflächen eingerichtet worden, um ihnen Zugang zum nationalen Bestand an Geoinformationen zu erleichtern und so den deutschen Geodatenmarkt zu stärken.

Ein aktueller Vergleich der in Deutschland produzierten Geobasisdaten mit denen der europäischen Nachbarländer liegt mit dem Ergebnis des EU-Projekts „European Terrestrial Management Informationssystem“ (ETeMI) vor. Jedoch enthält dieses keinen Qualitätsvergleich. Ein solcher ist erst von einer demnächst beginnenden Studie im Rahmen eines Projekts der Europäischen Kommission zum Aufbau der European Spatial Data Infrastructure zu erwarten.

Ein sehr wertvolles Gut der Geobasisinformationen ist der einheitliche direkte Raumbezug. Die Länder stellen zur Zeit ihr Bezugssystem auf ETRS89 und auf das Abbildungssystem UTM um; so auch die Beschlusslage der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland. Die Innenministerkonferenz unterstützt diese Entscheidung und hat die Bundesregierung 1996 gebeten, bei der Europäischen Union auf die verbindliche europaweite Einführung des Bezugssystems ETRS89 und des Abbildungssystems UTM hinzuwirken. Hat die Bundesregierung mit Erfolg bei der Europäischen Union Einfluss nehmen können?

Ja, das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) spielt eine tragende Rolle bei der Umsetzung des ETRS89-Kon-

zepts im Rahmen von CERCO und Euro-Geographics. Das kommt in dem vom BKG entwickelten Informationssystem (<http://crs.ifag.de>) zum Ausdruck, in dem die nationalen Referenzsysteme gemäß ISO 19111 Standard beschrieben und Parameter für die metergenaue Transformation der nationalen Koordinatensysteme in das ETRS89 europaweit verfügbar gemacht werden.

Das Informationssystem wurde entwickelt, nachdem die Zusammenarbeit zwischen BKG und Joint Research Centre (JRC) der EU 1999 zu der Empfehlung geführt hatte, das ETRS89 sowohl für die Geodaten der EU als auch für die der europäischen Länder als einheitliches Raumbezugssystem zu verwenden. Gleiches gilt für die Universal Transversal Mercator (UTM) Projektion im Fall der kartographischen Darstellungen der Geodaten.

